

EUROPÄISCHE IDEE DER SPD

von D. Campolieti, M. Krauß, N. Schäfstoß

Auf Beschluss der Kreisdelegiertenkonferenz wurde am 30.1. zur Mitgliederversammlung zum Thema Europa eingeladen. Die letzte Mitgliederversammlung fand vor zwei Jahren statt. Neben unseren Mitgliedern wurden auch die VertreterInnen unserer Schwesterparteien Panellinio Sozialistiko Kinima (PASOK, Griechenland,) Partito Democratico (PD, Italien) und Portuguese Socialist Party (PS, Portugal) in Stuttgart eingeladen. Die etwa 80 anwesenden GenossInnen erarbeiteten in zwei Workshops die Thesen für die „Europäische Idee der SPD Stuttgart“ aus. Als Expertin für den Workshop „Idee Europa“ referierte die Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt, den Workshop „Europäische Wirtschaftspolitik“ deckte Prof. Dr. Harald Hagemann von der Universität Hohenheim ab. Diese Veranstaltungsform machte es möglich, dass viele Mitglieder das Wort ergriffen und lebhaft Ihre Visionen für Europa formulierten. Die jeweiligen Thesepapiere der Workshops wurden im Anschluss im Plenum vorgestellt und einstimmig beschlossen. Wir möchten euch diese Beschlüsse vorstellen. Die Mitglieder der SPD Stuttgart fordern:

1. Antragsberechtigung aller SozialdemokratInnen Europas, sofern ihre Mutterpartei Mitglied in der SPE ist und sofern diese EU-BürgerInnen in Stuttgart wohnen und leben.
2. den Delegiertenstatus für alle europäischen sozialdemokratischen Parteien Stuttgarts, sofern ihre Mutterpartei Mitglied in der SPE ist.
3. dass alle SPE Delegierten der SPD, für SPE Parteitag und SPE Rat, auf SPD Landeskonferenzen gewählt werden müssen. Abschaffung der Möglichkeit des SPD Parteipräsidiums bis 50% der SPE Delegierten zu ernennen.
4. dass die SPD Kandidierenden für das Europäische Parlament auf einem extra dafür einberufenen Europäischen Landes- und Bundeskongress gewählt werden.
5. das Wahlrecht für alle europäischen BürgerInnen oder aller BürgerInnen an allen Wahlen, insbesondere der Wahlen zum deutschen Bundestag, unabhängig ihrer Nationalität, sofern sie in Deutschland leben.



Liebe Genossinnen und Genossen,

„Es ist geschafft“, so hörte man Ende Dezember viele SPD-Stadträtinnen und Stadträte nach dem Beschluss des Haushalts erleichternd seufzen. In den Gesprächen mit unseren Vertretern im Rathaus konnte ich schnell feststellen, dass die Haushaltsberatungen sehr anstrengend waren. Anstrengend, aber erfolgreich. Der beschlossene Haushalt ist von einer deutlich erkennbaren sozialdemokratischen Handschrift geprägt: Die Schulen werden endlich saniert und den Bedürfnissen angepasst, darüber hinaus wird die Betreuung von Kleinkindern massiv ausgebaut. Dies ist gut für die Familien in Stuttgart. Und endlich wird die Bugwelle, die die alte bürgerliche Mehrheit erzeugt hat, abgebaut. Wer an der Bildung spart, der sägt am eigenen Ast.

Vor zwei Jahren hat die SPD Stuttgart das letzte Mal eine Mitgliederversammlung einberufen. Vor anderthalb Wochen war es wieder so weit. Auf der Mitgliederversammlung diskutierten die Genossinnen und Genossen leidenschaftlich über Europa und die Euro-Krise. Die Diskussionen brachten ein erfreuliches und eindeutiges Ergebnis: Die SPD Stuttgart steht für ein solidarisches und gerechtes Europa.

Mehr dazu in dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße

Dejan Perc

Vorsitzender SPD Stuttgart



Das Präsidium der Mitgliederversammlung: Nicolas Schäfstoß, Rebekka Henschel, Harald Hagemann, Evelyn Gebhardt, Christian Langenkamp, Manuel Krauß, Dejan Perc

NEUES AUS DEM KREIS

FORTSETZUNG: EUROPÄISCHE IDEE DER SPD

6. die Gründung eines AK Europa, der sich an alle GenossInnen Stuttgarts wendet, also nicht nur der SPD GenossInnen, sondern der sich an alle Mitglieder, die in Stuttgart wohnen und arbeiten und Mitglied einer sozialdemokratischen Partei sind, die ihren Sitz im EU Gebiet hat und dessen Mutterpartei Mitglied der SPE ist.
 7. einen Austausch zwischen den Mitgliedern der PS Strassburg und der SPD Stuttgart um gemeinsame Themen zu diskutieren, gemeinsam sich politisch zu positionieren und nationale Partei-Statutsänderungen auf allen Ebenen vorzubereiten, die eine europäische Zusammenarbeit grenzüberschreitend erleichtern.
- Zur Rückkehr bzw. Etablierung einer arbeitnehmerorientierten Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Finanzmarktpolitik in der EURO-Zone und in der EU fordern wir
1. anstelle einseitiger Fokussierung auf nationale Sparprogramme:
 - a. die Harmonisierung der europäischen Steuerpolitik, insbesondere die Vereinheitlichung der Besteuerung und die Stärkung des Steuervollzugs.
 - b. die schrittweise Harmonisierung der Gesamtabgabenniveaus in den Nationalstaaten.
 - c. die Einführung von EU-Steuern unter Haushaltshoheit des Europäischen Parlaments.
 - d. Keine „Kreditbremse“ für öffentl. Infrastrukturinvestitionen.
 2. sofortige Einführung europäischer Anleihen (Eurobonds) zur Eindämmung der Spekulationen gegen einzelne Mitgliedsstaaten.
 3. die Regulierung der Finanzmärkte, im Einzelnen:
 - a. Verbot schädlicher Finanzprodukte
 - b. das Verbot von Nahrungsmittelspekulationen
 - c. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Entschleunigung der Finanzmärkte
 - d. Einführung einer öffentlichen, europäischen Ratingagentur bei Herstellung transparenter Ratingverfahren und -kriterien
 4. den Abbau chronischer Leistungs- bilanzüberschüsse einzelner EU-Staaten durch Stärkung der Binnen- nachfrage und Wiederherstellung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik).
 5. die Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch Europäische Investitions- und Austauschprogramme in den Bereichen Bildung, Technologie, Infrastruktur, Forschung und Entwicklung bei gleichzeitiger Neuausrichtung der Struktur- fonds- förderung.
 6. Sofortprogramm zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit und Prävention durch entsprechende Reformen des Bildungsbereiches bereits im frühkindlichen Alter sowie Qualifizierungsmaßnahmen und Förderung des Arbeitskräfteaus- tauschs innerhalb der EU.
 7. die Überarbeitung der europäischen Agrarpolitik bzw. Neuausrichtung der Vergabe von Agrarsubventionen unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten.
 8. eine EU-weite Begrenzung der nationalen Rüstungsausgaben.

SPD NIMMT DEN STUTTGARTER BÜRGERHAUSHALT ERNST

von Bettina Bunk

Im Juli 2011 konnten die StuttgarterInnen im Rahmen des auf Antrag der SPD-Fraktion eingeführten Bürgerhaushalts erstmals direkt Vorschläge für den Doppelhaushalt 2012/13 machen und diese bewerten. Die Beteiligung war mit 9.000 Anmeldungen und 1.745 Vorschlägen im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten erfreulich hoch.

Die Top 121, die am besten bewerteten Vorschläge, wurden von der Verwaltung kommentiert und dem Gemeinderat vorgelegt. Eine Auswertung der von der Kämmerei vorgelegten Übersicht über die Haushaltsanträge der Fraktionen belegt, dass insgesamt 51 der Top 121 aus dem Bürgerhaushalt aufgegriffen wurden. Dabei zeigt sich,

dass die SPD -Fraktion mit 31 Vorschlägen (42,1 %) den Bürgerhaushalt mit Abstand am wichtigsten genommen hat (CDU und Grüne jeweils 15). Dagegen haben die Freien Wähler die meisten der von den BürgerInnen negativ bewerteten Vorschläge eingereicht. Inzwischen liegt eine Aufstellung der tatsächlich in den Doppelhaushalt aufgenommenen Anträge im Internet vor (www.buergerhaushalt-stuttgart.de). Von den 31 SPD Vorschlägen aus den Top 121 sind 24 Anträge positiv entschieden worden, 4 wurden vertagt und 4 abgelehnt. Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Darüber hinaus werden sich auch einige Bezirksbeiräte auf Antrag der SPD weiter mit den Vorschlägen speziell für ihren Bezirk beschäftigen. Entscheidend ist, dass die

BürgerInnen die Erfahrung machen, dass ihre Vorschläge ernst genommen werden und sie damit ihren konkreten Beitrag für eine lebenswerte Stadtgemeinschaft leisten können.

Der Bürgerhaushalt lebt davon, dass die Umsetzung der Vorschläge transparent verläuft und er von Stadt und BürgerInnen gemeinsam weiterentwickelt wird. Dazu bietet der überparteiliche „AK Stuttgarter Bürgerhaushalt“ in der vhs die Möglichkeit. Die SPD Fraktion hat beantragt, dass die Kriterien des AK zur vorgesehenen Auswertung des Bürgerhaushalts von der Kämmerei aufgenommen werden und er offiziell eingebunden wird. Kontakt: Bettina Bunk, Tel.: 0711 2843510, Heinrich Schneider, Tel.: 0711 630887.

NEUES AUS DEM GEMEINDERAT

STÄDTISCHER HAUSHALT FÜR 2012/2013 BESCHLOSSEN

von Roswitha Blind

Unmittelbar vor Weihnachten hat der Gemeinderat den Haushalt für die nächsten beiden Jahre beschlossen. Der Schwerpunkt der SPD-Fraktion lag klar bei Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

Für Kleinkinder werden in den nächsten beiden Jahren 1000 neue Krippenplätze geschaffen, so dass dann 40% der kleinen Kinder in einer Krippe betreut werden können. Den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab Sommer 2013 können wir damit allerdings bei weitem nicht erfüllen, und der Bedarf wird weiter steigen. Für Kindergartenkinder werden 1100 Ganztagsplätze neu entstehen. Die Hälfte der Kinder können dann den ganzen Tag über betreut werden. Dies sind große Schritte hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, 70 Millionen Euro sind dafür nötig.

Der Sanierungsstau ist hoch!

Mit den Schulsanierungen geht es zügig weiter. Wie zügig, zeigt der Vergleich: Im Jahr 2007 rühmte sich der Oberbürgermeister, dass er dem Gemeinderat ein 60-Millionen-Programm für Schulsanierungen vorgeschlagen habe – verteilt auf 4 Jahre. Jetzt aber können in 2 (!) Jahren 200 (!) Millionen verbaut werden. Der Sanierungsstau ist viel höher, als die frühere konservative Mehrheit es je wahr haben wollte. Auch für Schulkinder wird

die Ganztagsbetreuung deutlich verbessert: Zu den bestehenden 14 Ganztagschulen werden weitere 10 dazu kommen, fast eine Verdopplung!

Unsere Kampagne im Herbst zur Sanierung der Stuttgarter Stäffele hatte Erfolg, dafür wurden Mittel beschlossen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde ein Sonderprogramm „Kinder kommen sicher über die Straße“ beschlossen. Am Thema „kinderfreundlicher Verkehr“ arbeiten wir schon lange, viele Pläne z.B. für Gehwegnasen liegen in den städtischen Schubladen, aber die Umsetzung scheitert allzu oft am fehlenden Geld. Hier werden wir nun ein wenig weiter kommen.

Darüber hinaus gibt es Geld für den ersten ununterbrochen durchgehenden Radweg (zwischen Vaihingen und Fellbach) in Stuttgart und für weitere wichtige Verbesserungen im Radverkehr. Dank öko-sozialer Mehrheit wurde der Radverkehrsetat in den letzten 4 Jahren verdoppelt. Für die versprochenen Verkehrsberuhigungen im Zusammenhang mit dem Rosensteintunnel wurden ebenfalls Mittel beschlossen. Folgende Maßnahmen werden bald umgesetzt: Der Anschluss der Werderstraße an die B14 im Osten, der Umbau der Kreuzung Haldenrainstraße / Schozacher Straße in Rot und der Umbau der Kreuzung Schwieberdinger Straße / Marconistraße in Zuffenhausen. Für die anderen Maßnahmen



wurde das Geld in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt.

Beim Klimaschutz mussten wir die Grünen mitziehen. Auf unseren Antrag hin wurden 4 Millionen Euro für Energiesparmaßnahmen beschlossen, den Grünen hätten 2 Millionen gereicht. Dank unseres Antrags wird in Stuttgart demnächst auch eine Plus-Energie-Kita entstehen, eine Kindertagesstätte, die mehr Energie erzeugt, als in ihr verbraucht wird.

Auch die Aufwertung des öffentlichen Raums in der Innenstadt wird fortgesetzt. Noch in diesem Jahr wird mit dem Umbau der Tübinger Straße begonnen und dann geht es mit der Marienstraße, zwischen Querspange und Paulinenstraße weiter. Die Umgestaltung des Rupert-Meyer-Platzes wird fortgeführt, und die Umgestaltung des Stadtgartens wird so detailliert geplant, dass man in 2014/15 mit der Umgestaltung beginnen kann.

Weitere Infos im Internet

Viele weitere wichtige Themen – Soziales, Gesundheit, Integration, Krankenhäuser, Wirtschaft, Wohnen, Kultur, Sport, Bäder usw. - bleiben hier ungenannt. Eine Übersicht, was die SPD-Fraktion auch in diesen Bereichen so alles durchsetzen konnte, findet Ihr unter www.stuttgart.de/spd.

So kann nun vieles von dem, was der SPD-Fraktion wichtig ist, in den nächsten beiden Jahren verwirklicht werden.



NEUES AUS DEN ARBEITSKREISEN

VORSTELLUNG DER ARBEITSKREISE

von Daniel Campolieti

Wir möchten euch, wie in der vergangenen Ausgabe angekündigt, im Newsletter auch die Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Projektgruppen der SPD Stuttgart vorstellen. In der SPD Stuttgart gibt es die „großen“ Arbeitsgemeinschaften wie die Jusos (Jugend), AfA (Arbeitnehmer), AsF (Frauen) und AG60plus (Senioren). Die Arbeitsgemeinschaften der SPD nehmen besondere Aufgaben innerhalb der Partei und gegenüber

der Öffentlichkeit wahr. In manchen Arbeitsgemeinschaften dürfen auch Nicht-Mitglieder mitzumachen, beispielsweise bei den Jusos. Für die programmatische und praktische Arbeit gibt es neben den Arbeitsgemeinschaften auch kleinere „Facharbeitsgemeinschaften“ und „Arbeitskreise“. Im Kreisverband gibt es einige aktive Arbeitskreise, z.B. der AK Verkehr, Ak Neue Inländer, AK Filder, AK Schwusos, SGK und die Projektgruppe Zukunft.

Alle AnsprechpartnerInnen sind auf www.spd-stuttgart.de aufgelistet.

Wir möchten euch die jeweiligen Arbeitskreise in den kommenden Ausgaben des Newsletters näher vorstellen. In dieser Ausgabe beginnen wir mit dem Arbeitskreis Verkehr, der vor etwa einem Jahr gegründet wurde und dem Arbeitskreis „Strukturpolitik in der Region“. Dieser wurde erst in der vergangenen Kreisvorstands-Sitzung ins Leben gerufen.

FÜR EINE NEUE VERKEHRSPOLITIK IN STUTTGART

von Reinhard Kühn

Seit etwa einem Jahr treffen sich monatlich ca. 20 Genossinnen und Genossen im Arbeitskreis Verkehr. Es geht um die Aufstellung eines neuen verkehrspolitischen Grundsatzpapiers für die Stuttgarter SPD. Eine Aufgabe, der sich die Partei das letzte Mal im Jahr 1987 gestellt hat. Also vor 25 Jahren! Seitdem hat sich viel verändert: der Autoverkehr hat sich in etwa verdoppelt, die Umweltfolgen sind gravierend (Stichwort Feinstaub und Stichwort Lärm). Die meisten großen Straßenbauvorhaben sind abgeschlossen, das Stadtbahnssystem wurde gebaut, das Fahrrad bekommt gerade eine neue Bedeutung, an vielen Stellen wird über Straßenrückbau und Verkehrsberuhigung diskutiert.

Auf der anderen Seite haben die großen Debatten über Stuttgart 21 und den Rosensteintunnel exemplarisch aufgezeigt, dass es in unserer Stuttgarter Partei in verkehrspolitischen Grundfragen eine tiefe Spaltung in zwei etwa gleich große politische Lager gibt, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Insbesondere beim Rosensteintunnel wurde deutlich, dass der Verweis auf das Konzept vor 25 Jahren bei vielen, natürlich besonders bei denen, die damals noch gar nicht lebten, kein überzeugendes Argument mehr ist.

Deshalb hat der Kreisvorstand vor gut einem Jahr den Beschluss gefasst, ein neues Grundsatz-Papier

zu erarbeiten und Roswitha Blind und Reinhard Kühn gebeten, den Diskussionsprozess für ein solches Papier zu organisieren. Beide sind der Meinung, dass die Stuttgarter Partei dringend eine Verständigung auf ein aktuelles und verbindliches Gesamtkonzept braucht. Ein solches Konzept könnte dann eine wesentliche Entscheidungshilfe bei allen anstehenden Einzelprojekten sein. Dadurch erhoffen sich die Leiter des Arbeitskreises auch einen positiven Beitrag zur Diskussionskultur innerhalb der Stuttgarter Partei zu leisten.

Der Mensch steht im Mittelpunkt

Angesicht dieser schwierigen Aufgabe haben Roswitha Blind und Reinhard Kühn vereinbart, das Thema Verkehr nicht wie bisher beim Thema Auto beginnend anzupacken, sondern bewusst in anderer Reihenfolge. Zunächst hat sich der Arbeitskreis mit dem Fußgängerverkehr beschäftigt. Schließlich ist das Zufußgehen die natürlichste Fortbewegungsart des Menschen, und da wollte man anknüpfen: Es geht darum, den Menschen und seine Bedürfnisse wieder in den Mittelpunkt des Stadtraums zu stellen. Hierzu muss in der Verkehrsplanung ein echter Perspektivwechsel stattfinden. Geleitet von dieser Erkenntnis wurde im Anschluss über den Radverkehr und nun über das Thema Öffentlicher Nahverkehr diskutiert.

Für die Sitzungen wird jeweils themenbezogen der Sachverstand von unabhängigen Expertinnen und Experten eingeholt; dabei haben sich die Mitglieder auch über Erfahrungen aus anderen Städten informiert und ein Verfahren entwickelt, bei dem alle TeilnehmerInnen des Arbeitskreises ihre Meinungen und Wertungen in einen gemeinsamen Text einfließen lassen können. Daraus entstehen Textbausteine zu den einzelnen Kapiteln, die das Gesamtkonzept bilden sollen.



Im Frühjahr wird sich der Arbeitskreis dann dem Kapitel Autoverkehr widmen, dem sicher schwierigsten Teil dieser Debatte. Aber angesichts des guten Klimas im Arbeitskreis und der produktiven Vorarbeit bei den anderen Themen ist Reinhard Kühn zuversichtlich, der Kreiskonferenz im Laufe dieses Jahres ein überzeugendes Produkt des Diskussionsprozesses vorzulegen. Kontakt: Reinhard Kühn per E-Mail an reinhard_kuehn@gmx.de.

NEUES AUS DEN ARBEITSKREISEN

VORSTELLUNG DES AK „STRUKTURPOLITIK IN DER REGION“

von Karin Bauer

GreenTech und High Tech - Was ist die Zukunft unserer Region?

Wir leben im Großraum Stuttgart und sind froh, dass die Wirtschaftskrise glimpflich an uns vorbei gegangen ist. Doch sind die Probleme wirklich gelöst? Es braucht grundlegende Strategien und Lösungen, aber diese liegen nicht auf der Hand. Wir möchten mit dem neu gegründeten Arbeitskreis das Thema regionale Struktur- und Wirtschaftspolitik ausarbeiten und mit anderen politischen Kräften diskutieren. Wir wollen das vorhandene Wissen nutzen und in den nächsten Monaten regelmäßig Diskussionen mit verschiedenen ExpertInnen führen. Ziel des Arbeitskreis ist es, die Ergebnisse des Prozesses auf einer Konferenz zu diskutieren, im Idealfall zu beschließen und in zukünftige Wahlkämpfe mit einzubringen. Ein mögliches Themen-Portfolio könnte sein:

- Was ist „GreenTech“ in der Region?
- Beispiele für einen gelungenen Strukturwandel
- Autos und neue Mobilitätskonzepte
- Zukunftsstrategien der Automobil-Unternehmen
- Woran sind andere Unternehmen in der Region gescheitert (SEL, HP, etc.)?
- Aus- und Weiterbildung
- Demografie und Jugendliche



Wir sind aber für weitere Anregungen aus unseren Diskussionen offen.

Am 15. Februar trifft sich der Arbeitskreis das erste Mal im Rahmen der Projektgruppe Zukunft im Büro der Anstifter, Werastraße 10. Als Referentin berichtet Bettina Seibold vom IMU-Institut. Das IMU-Institut hat vor wenigen Monaten seinen „Strukturbericht Region Stuttgart 2011“ mit dem Schwerpunkt „GreenTech“ veröffentlicht. Der Strukturbericht ist eine gemeinsam von der Industrie und den Gewerkschaften getragene Analyse der Situation und Entwicklungen im Großraum Stuttgart und wird vom IMU-Institut und dem Institut für an-

gewandte Wirtschaftsforschung erstellt und ist hier zu finden: www.imu-institut.de

Ihr seid herzlich zu der Sitzung eingeladen.

Im März findet zudem eine Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz zu diesem Thema statt, um das Thema frühzeitig Parteiweit zu sensibilisieren. Der Arbeitskreis freut sich über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Ansprechpartnerin: Karin Bauer, Tel. (0711) 8879982 oder per E-Mail an mail@karinbauer.de

SPD-FRAKTIONSVORSTAND GEWÄHLT

von Roswitha Blind



Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat am 19. Januar 2012 turnusgemäß nach der halben Amtsperiode ihre Fraktionsvorsitzende und die beiden Stellvertreter neu gewählt. Alte und neue Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion ist Dr. Roswitha Blind, die einstimmig wiedergewählt wurde. Auch bei den beiden Stellvertreterpositionen gab es keine Änderungen: Wiedergewählt wurden Monika Wüst und Hans H. Pfeifer.

Die Diplom-Mathematikerin Dr. Roswitha Blind ist seit 2004 Mitglied des Gemeinderats, seit 2009 führt sie die SPD-Fraktion. Sie ist Betreuungsstadträtin von Vaihingen und Sprecherin im Ausschuss für Umwelt- und Technik.

Monika Wüst gehört seit 13 Jahren dem Gemeinderat an. Die Meisterin der Hauswirtschaft ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion und für den Stuttgarter Norden und Osten zuständig.

Hans H. Pfeifer ist seit 2009 Stadtrat. Der Citymanager ist Sprecher im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen. Zudem betreut er die Stadtbezirke Botnang und den Stuttgarter Westen.

Wenn Ihr Fragen, Wünsche oder Anregungen zu unserer Arbeit im Stuttgarter Gemeinderat habt, schickt uns eine E-Mail an folgende Adresse: geschaeftsstelle.spd@stuttgart.de.

NEUES AUS DEN ORTSVEREINEN

ZOCKEN OHNE ENDE?

von Matthias Tröndle

Finanzstaatssekretär Ingo Rust diskutierte in Möhringen über Glücksspiel

Beim Gang durch die Stadtbezirkszentren fällt schnell auf, dass die Stadt eine wahre Spielhallenflut erlebt hat. Die Anzahl der Spielhallen hat sich in den letzten fünf Jahren auf über 130 mehr als verdoppelt. Deren Präsenz wirkt sich durch den sogenannten "Trading-Down-Effekt" negativ auf die Umgebung aus. Außerdem sitzen hinter den Automaten viele Spielsüchtige. Bundesweit geht man von 500.000 krankhaft Spielsüchtigen und 800.000 Menschen mit einer Spielproblematik aus. Glücksspielsucht kann dramatische Folgen haben, wie familiäre Probleme, Verschuldung, Beschaffungskriminalität oder schlimmstenfalls Suizid. Dabei ist das Gefährdungspotenzial der einzelnen Glücksspielformen höchst unterschiedlich. Während aber das wenig gefährliche Lotto intensiv reguliert ist, sind gerade die besonders gefährlichen Spielautomaten, die in Spielhallen und in Gaststätten stehen, wenig eingeschränkt und weit verbreitet.

Wie durch eine neue Gesetzgebung für das Glücksspielwesen Spielsucht verhindert werden kann, diskutierten zahlreiche Interessierte Ende Januar mit dem SPD-Landtagsabgeordneten und Finanzstaatssekretär Ingo Rust unter dem Titel "Zocken ohne Ende?". Rust ist für Baden-Württemberg an der Umsetzung des neuen Glücksspielstaatsvertrags zwischen den Bundesländern beteiligt. Im Bürgerhaus Möhringen stellte er auf Einladung der SPD-Ortsvereine auf den Fildern und der Juso-AG Filder die Eckpunkte des neuen Glücksspielrechts vor, das im Juli in Kraft treten soll.

"Mir ist dabei der Jugendschutz ein besonderes Anliegen", betonte Rust. Bisher ist der Zugang zu den Geldspielautomaten in Gaststätten kaum kontrollierbar. Doch schließt nun der neue Staatsvertrag eine rechtliche Lücke. Geldspielautomaten in Spielhallen und Gaststätten gelten bisher juristisch nicht als Glücksspiel sondern als "Geschicklichkeitsspiel". Eine

unverständliche Unterscheidung, die auch vom Europäischen Gerichtshof gerügt wurde, denn die Automaten in den staatlichen Spielbanken wie im SI-Centrum in Möhringen sind praktisch baugleich. "Diese Ungleichbehandlung hat die SPD-Landtagsfraktion schon immer kritisiert", so Rust.



V.l.n.r.: Staatssekretär Ingo Rust, Matthias Tröndle, Gisela Abt

Die Landesregierung bringt nun ein Glücksspielgesetz auch für Automaten auf den Weg. Die Regierung aus Grünen und SPD hat vor, dass für Spielhallen der Schutz der Spielsüchtigen verbindlich wird, sowie Ausweiskontrollen und Sperllisten eingeführt werden. Durch Mindestabstände zwischen Spielhallen soll es nicht mehr möglich sein, mehrere in nächster Nähe zu betreiben, sagte Rust.

Regulierung ist notwendig.

Künftig muss jede Spielhalle genehmigt werden, worüber sich die Kommunalpolitik freuen dürfte. Denn Stuttgart hat als Kommune nur wenige Hebel, mit denen sie Spielhallen verhindern kann, wie SPD-Stadtrat Hans Pfeifer erläuterte. Auf Betreiben der SPD-Gemeinderatsfraktion wur-

den durch die Erhöhung der Vergnügungssteuer die Automaten weniger lukrativ und in vielen Bezirken das Baurecht geändert. Doch erst ein neues Vergnügungsstättenkonzept, das die Stadt auf Initiative der SPD dieser Tage erstellt, gibt dem Gemeinderat eine Grundlage, die Spielhallenflut

räumlich zu steuern. Doch der im "liberalen Zeitgeist" der vergangenen Jahre verursachte Boom der Spielautomaten, werde nur schwer zu stoppen sein, befürchtet Pfeifer.

Die Anwesenden in Möhringen hofften aber, dass das geplante Glücksspielrecht die Probleme eindämmen und zu einem Rückgang der Spielautomaten führen kann. Bis dahin rechnet Rust mit massiver Gegenwehr der Glücksspielloobby. Diese ist sehr einflussreich und wird in den kommenden Monaten alle Mittel ausschöpfen, um einschneidende Maßnahmen im für Hersteller und Betreiber der Automaten höchst lukrativen Markt zu verhindern. Doch die SPD will die bessere Regulierung des Glücksspiels durchsetzen, denn Gewinne dürften nicht auf dem Rücken der Schwachen - hier also der Spielsüchtigen - getätigt werden.

DIES UND DAS

UMDENKEN BEI FRACHTTRANSPORTEN

von Anne Martus

Neue EU-Richtlinie zur Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen nutzt der Umwelt – es kann aber noch mehr getan werden.

In den vergangenen Jahren wurden beim Individualverkehr bereits etliche Schritte vollzogen, um die Belastung von Mensch und Umwelt zu reduzieren. Sei es jüngst durch die Einführung von Umweltzonen, den verpflichtenden Einbau von Katalysatoren oder bereits länger zurückliegend das Verbot von Blei als Additiv und die Reduzierung von Schwefel in Kraftstoffen für Fahrzeuge.

Leider sieht dies bei Schiffen und den dort eingesetzten Kraftstoffen noch ganz anders aus. Momentan enthält Schiffstreibstoff 4.500 Mal so viel Schwefel, wie Treibstoff für PKW. Durch die starke Zunahme des Schiffsverkehrs trägt dieser massiv zur Belastung der Umwelt durch Schadstoffemissionen bei. Die EU möchte diesen Zustand verändern und hat in einer Richtlinie neue Grenzwerte für Schwefelgehalte von Schiffskraft-

stoffen formuliert. Doch selbst nach In-Kraft-treten der Richtlinie kann Schiffskraftstoff immer noch 500 Mal mehr Schwefel enthalten, als im Straßenverkehr der EU erlaubt ist.

Deshalb ist es mit dieser Richtlinie noch lange nicht getan, es müssen noch weitere Schritte folgen. Denn grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn gerade Frachttransporte auf dem Wasser statt auf der Straße erfolgen. Noch erfreulicher wäre es beispielsweise, wenn auch beim Schiffsverkehr mehr alternative, schadstoffarme oder -freie Antriebe wie Flettner-Rotoren, Lenkdrachen oder Elektroantriebe mittels Wasserstoffzellen und Photovoltaik Einzug halten würden.

Die vollständige Rede zum Thema von Ute Vogt im Deutschen Bundestag ist unter www.ute-vogt.de zu finden.

STUTTGART-LAUF 2012

von Moritz Eyer

Die Jusos planen, beim diesjährigen Stuttgart-Lauf am 17. Juni wieder mit einem Team an den Start zu gehen.



Als Distanzen stehen 7,5km und der Halbmarathon (21,1km) zur Wahl. Außerdem besteht die Möglichkeit, den Halbmarathon zu dritt als Staffel zu laufen. Weitere Infos zu den Wettbewerben gibt es auf www.stuttgart-lauf.de. Durch eine gemeinsame Vorbereitung mit einigen leichten Trainingsläufen soll es für alle GenossInnen möglich gemacht werden, an einem der Laufwettbewerbe teilzunehmen. Das Training dazu startet im April. Falls Interesse besteht, können auch wieder rote Lauftrikots mit dem Logo des „Jusos Stuttgart Running Team“ bedruckt werden.

Um das Training kümmern sich die beiden Jusos Moritz Eyer (moritzeyer@web.de) und Marcus Lesser (marcus.lesser@jusos-stuttgart.de). Wer mit dem Juso-Team (gerne auch Nicht-Jusos) mitlaufen will, der melde sich bitte bei eben genannten Personen. Sollten sich mehr GenossInnen als Jusos anmelden, wird aus dem Juso ein „SPD Stuttgart Running Team“.

TERMINE

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

MIT KATJA MAST
MUSIK: MV GAISBURG

22.2.2012, 19 UHR
IM THEATER FRIEDENAU
ROTENBERGSTR. 127
70190 STUTTGART

BILDUNGSAUFBROCH IN STUTTGART?!

MIT KULTUSMINISTERIN
G. WARMINSKI-LEITHEUSSER

28.2.2012, 19 UHR
HAUS DER ARCHITEKTEN
DANNECKERSTR. 54
70182 STUTTGART

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebeka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste. Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de